Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 61 (1967)

Heft: 5

Nachwort: Appelle zum Frieden : Resolution des Nationalen Vorstandes der IFFF

zur amerikanischen Politik gegenüber China (12. Februar 1967)

Autor: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (amerikanische

Sektion)

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Appelle zum Frieden

Resolution des Nationalen Vorstandes der IFFF zur amerikanischen Politik gegenüber China

(12. Februar 1967)

An den Präsidenten der USA, den Staatssekretär, und Senator William Fulbright, Präsident des Senatsausschusses für Aussenpolitik.

Der Landesvorstand der amerikanischen Sektion der IFFF hat sich an seiner Zusammenkunft in Philadelphia mit der Schaffung einer Politik gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten befasst. Wir glauben, dass es trotz den gegenwärtigen Unruhen in jenem Land heute möglich ist, positive Massnahmen zu ergreifen um

- 1. einen militärischen Zusammenstoss mit der Volksrepublik China zu vermeiden, und
- Massnahmen zu treffen, für die Herstellung diplomatischer Beziehungen, wie für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen.

Wenn wir auch kürzlich abgegebene Erklärungen des Präsidenten wie des Staatssekretärs, die ihre Bereitwilligkeit zu engeren Kontakten zwischen der USA und China ausdrückten, begrüssen, so behaupten wir nach wie vor, dass diese politische Kursänderung einige der Grundursachen für die Feindschaft zwischen den beiden Nationen ausser Acht lässt und dadurch den Ausbruch eines Krieges gefährlich erleichtert.

Wir sind überzeugt, dass die Vorbedingungen für diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China darin bestehen, dass der Krieg in Vietnam beendet wird, dass die amerikanischen, militärischen Kräfte aus Asien zurückgezogen werden, und dass wir auf die angekündigte Politik der Bereitschaft, jederzeit unsere militärische Macht einzusetzen, um Völker gegen kommunistische Aggression zu schützen, verzichten.

Auf Grund dieser Vorbedingungen schlagen wir vor, dass unsere Regierung

- 1. deutlich erklärt, dass sie sich auf keine Weise in die nationalen Angelegenheiten der Volksrepublik China einmischen wird;
- 2. darauf besteht, dass National-China seine militärischen Kräfte von den China vorgelagerten Inseln zurückzieht und mit den militärischen Drohungen und Raids gegen das chinesische Festland Schluss macht;

- 3. die Handelseinschränkungen inbezug auf nichtstrategische Waren aufhebt;
- 4. bekannt gibt, dass die USA bereit sind, ihr Wissen und ihre technischen Fähigkeiten auf Gebieten wie Medizin, Landwirtschaft, usw. mit Volkschina auszutauschen;
- 5. Einschränkungen für Ein- und Ausreisen nach und von der Volksrepublik China aufhebt;
- 6. in Massnahmen zur Abrüstung mit der Volksrepublik China zusammenarbeitet;
- 7. ihre Bereitwilligkeit bekannt gibt, diplomatische Unterhandlungen mit dem Ziel der Anerkennung der Volksrepublik China zu führen;
- 8. den Widerstand gegen die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen aufgibt.

Es ist uns klar, dass zunächst keine Reaktion auf diese Initiative erfolgen mag, denn die Wunden, die China durch die langjährige Demütigung von Seiten der Westmächte, wie auch durch den amerikanischen Versuch, die Volksrepublik China zu isolieren, geschlagen wurden, werden nicht so schnell heilen. Wir glauben aber, dass die oben skizzierte Politik dazu beitragen wird, offene Feindseligkeiten zu vermeiden und nach und nach zu einer Periode der Zusammenarbeit führen wird.

Begegnung in Beinrode

In den Tagen vom 4. bis 6. April 1967 fand im Haus der helfenden Hände in Beinrode bei Helmstedt unter Leitung von Pfarrer Martin Schröter, Dortmund, eine Begegnung von Vertretern der Regionalausschüsse der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR und in der Bundesrepublik statt, an der auch Mitglieder des Westberliner Arbeitskreises der CFK teilnahmen. Als Gäste waren anwesend Prof. Georges Casalis, Paris, als einer der Vizepräsidenten der Christlichen Friedenskonferenz und der Generalsekretär der CFK, Pfarrer Dr. Jaroslav N. Ondra, Prag.

Die Beinroder Begegnung war die Fortsetzung eines Gesprächs über die Deutschlandfrage, das vor zwei Jahren mit einer ähnlichen Aussprache in Züssow bei Greifswald begann. Referenten in Beinrode waren: Hannelore Hansch, Karlsruhe, Andreas von Schubert, Grünhaus bei Trier, Klaus Ehrler M. A., Westberlin, und Prof. Dr. Gerhard Bassarak, Berlin-Halle.

Das Ergebnis des Gesprächs wurde in einigen Sätzen niedergelegt, die nach eingehender Diskussion im Plenum einmütig angenommen wurden. Im Auftrag der Gesprächsteilnehmer übergeben wir diese Sätze auch der Öffentlichkeit. Da sie ein einheitliches Ganzes bilden, bitten wir, sie nur im vollen Wortlaut nachzudrucken.